

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946**

110 (21.11.1946)



# BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Verlag: Badendruck GmbH, Karlsruhe, Donnerstag, 21. November 1946, Nummer 110

## Vollversammlung am 11. Dezember beendet

Noch keine Einigung über das Vetorecht — Weitere Klärung in Triester Frage — Achtung rassistischer und religiöser Verfolgung und Diskriminierung

**New York, 20. Nov. (dana-Reuter)** Die ständigen Mitglieder des Welticherheitsrates, — die Vertreter der USA, Großbritannien, der Sowjetunion, Frankreichs und Chinas — konnten im Verlauf einer dreistündigen Sondersitzung am 18. Nov. über die Frage des Vetorechtes zu keiner Einigung gelangen.

Die Hauptpunkte der Debatte waren folgende: 1. Die Notwendigkeit, unter den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates vor jeder Sitzung einleitende Besprechungen abzuhalten, bei der ein Veto angewendet werden könnte. 2. Stimmhaltung sollte nicht als Veto angesehen werden; 3. Die Großmächte sollten übereinkommen, das Veto nur in Fällen, die „lebenswichtige Interessen“ betreffen, anzuwenden; 4. Vorschlag, einen Protokollführer zu ernennen, der dem Sicherheitsrat einen vorläufigen Bericht über die schwierigen Fragen vorlegen soll; 5. Die Notwendigkeit einer klareren Definition der Worte „Streitfall“ und „Situation“.

Während die Diskussion, die im allgemeinen Bereich blieb, erklärte Molotov, niemand hätte das Vetorecht im Sicherheitsrat mißbraucht. Die Sowjetunion hätte das Veto nur bei unumgänglich nötigen Fällen angewandt. Die gesamte Vetofrage sei künstliche Agitation. Byrnes erklärte, die USA seien über die Häufigkeit der Anwendung des Vetorechtes enttäuscht gewesen.

**Einigung über weitere Punkte des Triester Problems**

Der Außenminister äußerte eine grundlegende Übereinkunft über die Beziehungen zwischen dem künftigen Gouverneur von Triest und dem Polizeichef des Freistaats. Zusammen mit weiteren Abmachungen über die Vollmacht des Gouverneurs wird dieser Punkt an die Stellvertreter der Außenminister überwiesen werden.

Weiterhin wurde beschlossen, daß der Gouverneur von Triest den Staatsrat ersuchen kann, Verwaltungsmaßnahmen, die zu seinen Vollmachten im Gegensatz stehen, aufzuheben. Falls der Staatsrat Einwendungen erhebt, kann der Sicherheitsrat um Entscheidung gebeten werden. Die USA forderten in einer der Vollversammlungen der UN übermittelte Resolution die ausdrückliche Bestätigung der im Nürnberger Prozeß angewandten Grundsätze und ihre Einbeziehung in ein neues Gesetzbuch des internationalen Rechts. Mit der Ausarbeitung dieser Gesetze soll nach dem amerikanischen Vorschlag eine besondere Kommission beauftragt werden.

Die Sowjetunion protestierte in der Sitzung des Hauptausschusses der UN gegen die „ungerechte Haltung“ der UN gegenüber der Sowjetunion bei der Zuteilung der Vermögenswerte der Völkermörder.

Der indische Delegierte Maharaj Singh brachte eine Resolution ein, daß Gebiete, die

unter Treuhänderschaft gestellt werden sollen, grundsätzlich der Organisation der UN direkt unterstellt werden sollten.

**Neue Mitgliedstaaten**

Die neuen Mitgliedstaaten der UN, Schweden, Afghanistan und Island haben am Dienstag formell die Beitrittsklärungen zu den Vereinten Nationen unterzeichnet und anschließend zum erstmaligen Sitz in der Vollversammlung der UN eingegeben.

Nachdem die neuen Mitglieder ihre Plätze eingenommen hatten, ging die Vollversammlung zur Tagesordnung über, auf der als erster Punkt eine ägyptische Resolution über die Achtung religiöser und rassistischer Verfolgung und Diskriminierung stand.

Der britische Delegierte Sir Hartley Shawcross erklärte, „in mehr als einem Land werden heute die Grundfreiheiten der Menschen mit Füßen getreten. Aus diesem Grunde wird die britische Delegation sich mit aller Kraft für die Einnahme einer Kommission für Menschenrechte durch diese Versammlung einsetzen, die einen Code der grundlegenden rassistischen, religiösen und politischen Menschenrechte aufstellen soll.“ Die ägyptische Resolution wurde einstimmig angenommen.

Columbien, Syrien und Belgien würden am Dienstag zu nichtständigen Mitgliedern des Welticherheitsrates erwählt.

**Vollversammlung im Dezember abgeschlossen**

Der Hauptausschuß der Vereinten Nationen beschloß am Dienstag, daß alle Ausschüsse der UN ihre laufende Tagungsperiode bis zum 5. Dezember abgeschlossen haben müssen und daß die gegenwärtige Tagung der UN-Vollversammlung am 11. Dezember beendet sein muß. Weiter entschied der Hauptausschuß, den Vorschlag der Ukraine, wonach die Tagung der UN-Vollversammlung im Jahre 1947 in Europa abgehalten werden soll, an die Vollversammlung weiterzuleiten.

Die UN-Vollversammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, wonach die UNESCO die Funktionen des dem früheren Völkerbund angeschlossenen internationalen Instituts für intellektuelle Zusammenarbeit übernehmen soll.

Der UN-Ausschuß für Menschenrechte und soziale Fragen lehnte am Dienstag mit 16 gegen 5 Stimmen einen Vorschlag ab, wonach Flüchtlingen, die nicht in ihre Heimatländer zurückkehren wollen, die Vorteile der internationalen Flüchtlingsorganisation verweigert werden sollten.

**Vollständige Übereinstimmung mit USA**

**New York, 20. Nov. (ep)** Der russische Außenminister Molotov wandte sich in einer Rede vor dem politischen Ausschuß der UN gegen die Vereinigten Staaten in China, Griechenland und anderen nicht-feindlichen Staaten noch Truppen hielten.

Er ging erneut auf die sowjetische Forderung nach Bekantgabe der Statistiken für die Truppenstärke und ihre Basen in nicht-feindlichen Staaten ein. Es bestände keine Berechtigung zur Stationierung alliierter Truppen in befreundeten Ländern mit Ausnahme von kleinen Einheiten, die zum Schutze der Verkehrslinien benötigt würden.

Molotov erklärte ferner, daß sich die Sowjetunion von Norwegen, Dänemark, Jugoslawien, der Tschechoslowakei und dem Iran zurückgezogen habe, was die erste offizielle Andeutung vor den Vereinten Nationen über die Zurückziehung russischer Truppen vom Iran darstellte.

Rußland und die Vereinigten Staaten befänden sich in vollständiger Übereinstimmung.

**Protest Triester antifaschistischer Union**

**Triest, 20. Nov. (dana-Reuter)** Der Ausschuß der „italienisch-slowenischen antifaschistischen Union“ hat bei den Außenministern der vier Großmächte in New York gegen die Beschlagnahme des Gebäudes der Union in Görz durch die amerikanische 88. Division protestiert. Die

## Aus aller Welt

**Washington.** Der drohende Bergarbeiterstreik in den USA würde einen „schweren Schlag“ für alle Länder bedeuten, die Kohlen oder Nahrungsmittel-Lieferungen von den USA empfangen, erklärte der stellvertretende amerikanische Außenminister Dean Acheson am 19. Nov. auf einer Pressekonferenz. Die Lieferung dieser lebenswichtigen Güter nach Übersee könnte dadurch aufgehalten werden.

**Washington.** Vier außerordentlich einschneidende Anordnungen zur Einsparung von Kohle wurden von der US-Regierung am 18. d. M. in Kraft gesetzt. (dana)

**London.** Die dänische Regierung hat Oesterreich nach einer Meldung des Londoner Rundfunks von der Liste der Feindstaaten abgesetzt. Gleichzeitig sind die österreichischen Guthaben in Dänemark freigegeben worden. (dana)

**Paris.** Zwischen Frankreich und Holland wurde in Paris am Dienstag ein Kulturabkommen unterzeichnet. (dana-Reuter)

**Rom.** Die beiden deutschen Generale von Mackensen und Maeltzer, die wegen Tötung von 335 Italienern vor einem englischen Militärgericht standen, bekannten sich nicht schuldig. (ap)

**Letzte Neuigkeiten**

**Anstifter Stuttgarter Bombenanschläge verhaftet**

**Frankfurt, 21. Nov. (dana)** Als der Anführer einer Bande, die die Bombenanschläge auf die Spruchkammern von Stuttgart, Eslingen und Backnang ausübte, wurde gestern der 23jährige ehem. SS-Major Siegfried Kabus festgenommen. Mit Kabus wurde bei einer Razzia noch 15 andere Personen in einem Versteck in der Nähe von Stuttgart von Untersuchungsbeamten der amerikanischen Armee festgenommen. Sie waren gerade dabei, Zünder in Bomben einzusetzen, die für einen Anschlag auf die Wohnungen zweier öffentlichen Ankläger, Herrn Kudeck aus Eslingen und Dr. Speidel aus Stuttgart, bestimmt waren. Die Festnahme dieser Bande hat den Ursprung der Bombenanschläge enthüllt, heißt es in einer Erklärung des Hauptquartiers der amerikanischen Besatzungstruppen. Kabus, der aus einem Kriegsgefangenenlazarett in Fontainebleau bei Paris entflohen ist und auf Schleichwegen nach Bayern gelangte, verschaffte sich im Mai 1945 auf dem Schwarzmarkt in München Entlassungspapiere. Mit diesen falschen Papieren ließ er sich in Eslingen nieder und organisierte eine kleine geheime Untergrundbewegung. Nach Verkündung des Nürnberger Urteils beschloß Kabus zu Taten überzugehen und brachte sich mit seinen Komplizen in den Besitz von Waffen. Kabus sagte aus, daß er beabsichtigt habe, die Spruchkammern zu beerauben und die Amerikaner zu veranlassen, die Entlassifizierung wieder in ihre Hand zu nehmen, weil „es eine sträfliche Entehrung für die Deutschen sei, als Werkzeug eines Feindes gebraucht zu werden, der uns auf unredliche Weise besiegt hat“.

**KURZ BELEUCHTET**

Vor einiger Zeit haben die Bombenanschläge auf die Spruchkammern in Backnang und Eslingen Aufsehen in der Welt erregt. Daß der Geist des Nazismus mit dem Ende seiner Erfinder und Träger nicht abgestorben war, wußte man, daß er wieder aktiv werden wollte, ergab sich aus den Attentaten. Sie waren eine echte Demonstration des untrennbar mit dem Nazismus verbundenen Terrorgedankens und weckten bleibe Erinnerungen an noch schlimmere Ereignisse der beginnenden Demokratie von Weimar. Nun ist es der deutschen Polizei in Stuttgart gelungen, die Täter sozusagen in flagranti bei der Herstellung von Bomben zu ertappen und festzunehmen, ehe weiteres Unheil angerichtet wurde. Ein ehemaliger SS-Major von sehr jungen Jahren entpuppte sich als Rädelsführer einer Schar Gleichgesinnter, die er zu diesem Zwecke um sich geschart hatte. Ganz wie die alten Putschisten und Fememörder vor mehr als einem Vierteljahrhundert, Partisanenführer, wie es sich jetzt erwiesen hat, die das von Nazismus angeleitete Trübnis nicht abhilt, wieder zur Bombe zu greifen, die man besser zu handhaben versteht, als den Spaten, den Tausende ergriffen haben, um dem Aufbau der Heimat zu dienen. Man weiß nicht, was größer ist, die Gewissenlosigkeit oder die politische Verblendung, die nicht einsieht, daß durch solche Untaten die Interessen derer am meisten geschädigt werden, mit denen sich die Spruchkammern von Amis wegen zu beschäftigen haben.

Die Spruchkammern waren wohl die direkten Objekte der Terroraktion, getroffen wurde aber in Wirklichkeit das deutsche Volk, das in der jetzigen Stunde mit allen Fasern um das nackte Leben ringt. Wer durch solche Attentate gegen das Leben des deutschen Volkes frevelt, muß hart und ohne jede Rücksicht der verdienten Sühne überantwortet werden. Die deutsche Republik der Vergangenheit ist an ihrer Weichheit und Nachgiebigkeit zugrunde gegangen. Die Parteien aller Richtungen heute sind entschlossen, nicht mehr in diesen Fehler zu verfallen. Die rasche Aufklärung und Dingfestmachung der Attentäter hat aber ebenso gezeigt, daß es in der heutigen Zeit seit dem Umschwung gelungen ist, schlagkräftige und zuverlässige Polizei aufzubauen, die für ihre rasche und gründliche Arbeit den Dank des gesamten Volkes verdient.

## Deutsche Wirtschaft völlig gelähmt

General Draper für Revision Potsdamer Abkommens — „Der Hunger in Deutschland vorherrschend“

**Berlin, 20. Nov. (ap)** Nach über einem Jahr Viermächtebesetzung ist Deutschlands Wirtschaft völlig gelähmt und steht kurz vor dem Zusammenbruch. Seine einzige Rettung ist die Durchführung des Potsdamer Abkommens oder dessen Revision. Diese Ausführungen des Leiters der Abteilung für Wirtschaft bei der amerikanischen Militärregierung für Deutschland, Brigadegenerals William N. Drapers, sind seiner Einleitung zu einem 220 Seiten starken magazinähnlichen Rückblick auf die Besetzung Deutschlands entnommen, der unter dem Titel „Ein Jahr Potsdam“ veröffentlicht wurde.

Draper steht auf dem Standpunkt, daß die Schwierigkeiten im deutschen Wirtschaftsleben in erster Linie auf die Nichtbefolgung dieses Grundsatzes zurückzuführen ist. Während dieses ganzen Jahres, das seitdem verflossen ist, haben die Amerikaner alle Anstrengungen gemacht, um die deutschen Zonengrenzen auszulöschen und haben schließlich den offiziellen Vorschlag gemacht, ihre Zone mit allen anderen drei Zonen zu verschmelzen.

„Ein Jahr Potsdam hat die Tatsache klar aufgezeigt, Potsdam muß entweder voll und ganz durchgeführt oder revidiert werden.“

„Deutschland bezahlt einen hohen Preis für die Zerstörungen, die es sich selbst zugefügt hat. Die Furcht in Deutschland steckt jedoch tiefer als Hunger und Kälte. Es ist die Furcht vor der ständigen wirtschaftlichen Lähmung — die Furcht von einer dauernden Spaltung Deutschlands in vier Teile. Ein ganzes Jahr hindurch ist nun Deutschland in vier Besatzungszonen aufgeteilt, deren Grenzen kaum militärische Bedeutung haben, sondern fast einem luftdichten Abschluß der Wirtschaft gleichkommt, der einen freien Austausch von Lebensmitteln und Industrieerzeugnissen, von dem das Wirtschaftsleben einer Nation abhängig ist, verhindert.“

Im Potsdamer Abkommen ist festgelegt, daß Deutschland als wirtschaftliche Einheit arbeiten solle. Der Reparationsplan ist grundlegend für die industrielle Abrüstung und heißt Deutschland über die Hälfte seiner gesamten Vorkriegsindustrie, aber nur ein Drit-

tel seiner Schwerindustrie. Er beruht auf diesem Grundsatz und ist dementsprechend verfaßt worden.

Nach diesem Plan soll Deutschland genügend Industrie behalten, um ihm einen erträglichen Lebensstandard zu sichern. Dies kann jedoch nur verwirklicht werden, wenn alle Hilfsquellen in ganz Deutschland frei verfügbar sind und wenn der Erlös der deutschen Ausfuhr als Ganzes für die bezahlten und anderen notwendigen Einfuhren verwendet wird.

Wenn dies nicht getan werde, so wäre es unmöglich, den Reparationsplan durchzuführen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen geben die Vereinigten Staaten „200 Millionen Dollar jährlich oder eine halbe Million täglich aus, um der Hungersnot und den Epidemien in der amerikanischen Zone vorzubeugen.“ Ohne einen freien Handelsverkehr mit dem übrigen Deutschland würde die amerikanische Zone niemals in der Lage sein, ihre Bedürfnisse aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Der Hunger sei heute in Deutschland wie in vielen anderen Teilen Europas vorherrschend. „Durch dieses ständige Hungern hat bereits ein körperlicher Verfall der Bevölkerung eingesetzt. Kohlen sind knapp. Ein zweiter Winter ohne Heizung steht bevor. Diese Mängel bestehen nicht wegen der Demontage der für Reparaturzwecke vorgesehenen Industrien, sondern weil die Industriezweige, die Deutschland verlassen werden, sich nicht wieder erholen können.“

„Bis jetzt ist dieser Teil des Potsdamer Abkommens nicht verwirklicht worden. Bis die Grenzregionen einschließlich der Ruhr und der Saar geregelt sind und das Gebiet, welches das zukünftige Deutschland sein wird, eine wirtschaftliche Einheit geworden ist, können die einzelnen Teile niemals selbständig werden. Bisher können nur geringe Fortschritte zur Bildung deutscher Verwaltungsstellen verbucht werden, die in Potsdam als Notwendigkeit für die wirtschaftliche Einheit anerkannt worden sind.“

Wenn die wirtschaftliche Einheit nicht erreicht wird, so können offenbar der Reparationsplan und die industrielle Abrüstung Deutschlands nicht in die Tat umgesetzt werden, weil die vier Zonen für sich allein mit den abmontierten Industrieanlagen nicht existieren können.“

## Zur Notlage Deutschlands

Beratungen mit Bevin und Byrnes — Deutschlandplan Großbritanniens — Für Wiederbelebung deutscher Wirtschaft

**Washington, 20. Nov. (dana)** Die britischen und amerikanischen Abordnungen auf der Konferenz für den wirtschaftlichen Zusammenhalt der beiden Besatzungszonen Deutschlands begaben sich am Mittwoch nach einer Meldung des britischen Rundfunks von Washington nach New York, wo sie Bevin und Byrnes Fragen von entscheidender politischer Bedeutung unterbreiten werden.

Bei diesen Entscheidungen handelt es sich vorwiegend um finanzielle Fragen, und um das Verwaltungskostenproblem der beiden Zonen. Die technischen Fragen der Zusammenlegung der Zonen werden weiterhin in Washington erörtert werden.

**Für Bildung deutscher Zentralregierung**

**Düsseldorf, 20. Nov. (dana)** Ueber den Deutschlandplan Großbritanniens machte gestern Generalmajor Erskine, der Stellvertreter General Robertsons, grundsätzliche Ausführungen vor dem Kabinett für Nordrhein-Westfalen.

1. Die territorialen Grenzen der Länder der britischen Zone seien genauestens beraten, damit die Länder nicht zu klein sind und infolgedessen von einer späteren Zentralregierung nicht verschluckt werden können. Sie müßten groß genug gestaltet werden, damit sie die Verantwortung für ihre Aufgabe tragen können.

2. Soll das System der Länder in der britischen Zone nicht geändert werden. Es sei eine Zentralregierung mit weitgehenden Befugnissen angestrebt.

3. Hätten die Länder bereits bestimmte Ergebnisse erhalten.

Diese Hinweise seien nötig, weil von deutscher Seite gesagt werde, daß Großbritannien keinen Plan für Deutschland habe. Die Gedanken für die Bildung einer deutschen Zentralregierung seien vielmehr ausschließlich Großbritanniens Ideen. Sie müssen noch mit den

amerikanischen Zonen Deutschlands wurde als Ergebnis der anglo-amerikanischen Konferenz gemeldet. Ueber drei Punkte wurde kein Einvernehmen erzielt: Ueber die Verteilung der Besatzungskosten, über Ausdehnung und Art der Barkredite, die Deutschland zur Wiederbelebung seines Exports gewährt werden sollen, sowie über die Wege zur Finanzierung und Aufbringung der Lebensmittel für die beiden Zonen.

**„Kohle-Moratorium“ für Deutschland**

**Hamburg, 20. Nov. (ap)** Ein sechsmonatiges „Moratorium“ für die Kohlenausfuhr des Ruhrgebietes wird von Vertretern der britischen Militärregierung begünstigt. Die Entwicklung einer deutschen Wirtschaftskrise müsse gestoppt werden, ehe die Maschinen und Transportmittel tatsächlich wertlos werden. Sechs Monate ohne Kohlen-Exporte würden der Militärregierung die nötige Zeit geben, um die deutschen Fabriken auf einen besseren Stand zu bringen, was eine vermehrte Produktion zur Folge haben würde. Ein hoher britischer Offizier äußerte, es sei jetzt offenbar, daß Potsdam den Stand der deutschen Industrie zu niedrig festgesetzt habe. „Wenn wir einen sechsmonatigen Aufschub der Kohlelieferungen erhalten, könnten wir innerhalb der nächsten drei Jahre die deutsche Industrie auf einen die Alliierten zufriedenstellenden Produktionsstand bringen.“

**SPD fordert Besserung der Ernährung**

**Frankfurt, 20. Nov. (dana)** In einem Telegramm an den alliierten Kontrollrat fordert der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands entscheidende und sofortige Maßnahmen zur Erweiterung der internat. Ernährungshilfe für Deutschland.

**SPD-Delegierte reisen nach London**

**Frankfurt, 20. Nov. (dana)** Der Vorstand und Ausschuß der SPD stellte am 19. Nov. in Frankfurt die Delegation zusammen, die auf Einladung der engl. Labour-Party zur Besprechung deutscher Probleme nach London reisen wird. Zu der Gruppe gehören Dr. Schumacher, Vorsitzender der SPD, Fritz Heine, Hannover, Wilh. Knothe, Groß-Hessen, Franz Neumann, Berlin, Dr. Viktor Agartz und Franz Boegler, Neustadt.

Die Delegation wird bereits in den nächsten Tagen ihre Reise nach London antreten.

**Löbe für sozialistische Wirtschaft**

**Bad Nauheim, 20. Nov. (dana)** „Es gibt einen Aufbau Deutschlands überhaupt nur noch unter Anwendung sozialistischer Wirtschaftsgrundsätze“, erklärte der ehemalige Präsident des deutschen Reichstages, Paul Löbe.



### CDU ruft auf zur Wahl

Durch Einigkeit zur Freiheit  
Von Staatsrat a. D. F. Heurich

In der schwersten Not, die je ein Volk betroffen hat, ringen alle politischen, geistigen und wirtschaftlichen Kräfte verzweifelt um den Weg aus dem Elend. Noch sind die furchtbaren Feuerstürme, durch die wir gingen, nicht vergessen. Das Antlitz unserer Städte ist zum großen Teil vernichtet. Was geblieben ist, ist bombenzertrübt. Eine ausgehungerte Bevölkerung, geschlagen mit Tuberkulose und Hungerkrankheiten, wohnt zu einem erschreckend großen Teil noch in menschenunwürdigen Behausungen. Nur wie durch ein Wunder sind uns bisher Epidemien erspart geblieben.

Die Umstellung unserer Wirtschaft auf den Friedensstand ist bis jetzt noch nicht gelungen. Von der ohnehin durch den Bombenkrieg und den fast untragbaren Verlust der Saar und unserer östlichen Industriegebiete stark eingeschränkten Wirtschaftskraft wird kaum mehr als 25% ausgenutzt.

Der trotz stärkster Anspannung des Ruhrbergarbeiters anhaltende, durch Export und geringere Förderung hervorgerufene Mangel an Kohle lähmt alle unsere Grundindustrien. Es fehlt an Stahl, Eisen, Baumaterialien, Kraftstrom. Die Einheit des uns verbliebenen Reiches scheint fern denn je zu sein. Das Ende des zweiten Weltkrieges hat immer noch nicht jene Erleuchtung aller Völker der Erde gebracht, die den Frieden wirklich sichert. Schärfer als je zuvor stehen sich Osten und Westen an einer Grenzlinie gegenüber, die mitten durch unser Land geht. Furchtbarer denn je sind auch die Gefahren, die für unser Volk aus diesem drohenden Gegensatz entstehen können, würde doch in einem neuen Kriege Deutschland das Schlachtfeld sein. Die unnatürliche Zonengrenze nach dem Osten schränkt zudem die Lebensmöglichkeit unseres Volkes weithin ein. Ein zerstörtes Deutschland kann nicht leben und wird ein Volk nicht beherbergen können, das an seiner Zukunft zweifelt. Ein Deutschland aber, dem die Möglichkeit zum Leben gelassen wird, wird sich nach den Irrwegen des Nationalsozialismus die größte Mühe geben, wieder als friedliches Glied im Kreise der Völkerfamilie mitzuarbeiten.

Die Christlich-Demokratische Union hat ihre bisherige Gesamtarbeit darauf eingestellt, ein anderes, ein besseres Deutschland aufzubauen. Die Epoche, in der die materialistische Weltanschauung in Deutschland die geistige Grundlage war, in Staat, Wirtschaft und Kultur vorherrschte, soll endgültig zu Ende sein.

Auch der Nationalsozialismus wurstelte in dieser Weltanschauung. Er führte die ihr entstammenden Grundsätze bis zur äußersten Konsequenz durch. Wohin diese falsche Entwicklung, die vor Anfang dieses Jahrhunderts begann, geführt hat, sehen wir heute klar: Zur Verachtung des Rechts und der Anbetung der Macht, zur Verneinung der Würde, der Person und der Freiheit des Menschen, zur Vergottung des Staates und ungehemmten Ausdehnung seines Machtbereiches.

Das Ende war Vernichtung und Auflösung des Staates, Zerstörung der Wirtschaft, völlige geistige Verelendung unseres Volkes und eine Gesamtniederlage durch den Krieg, wie sie in der Weltgeschichte nicht festgestellt werden kann.

An die Stelle der materialistischen muß wieder die christliche Weltanschauung treten, an Stelle der sich aus dem Materialismus ergebenden Grundsätze die Begriffe der christlichen Ethik. Sie müssen bestimmend werden für den Wiederaufbau des Staates und die Abgrenzung seiner Macht, für die Rechte und Pflichten der einzelnen Personen, für das wirtschaftliche und soziale Leben, für unsere Kultur, für das Verhältnis der Völker zueinander. Die christliche Weltanschauung gewährt sicherste Rechte, Ordnung, Würde und Freiheit der Person und damit eine wahre, echte volkverbindende Demokratie, die sich nicht auf die Form des Staates beschränken darf, sondern das Leben des Einzelnen wie das des Volkes und der Völker tragen und durchdringen soll. Wir in der Christlich-Demokratischen Union vertreten die hohe Auffassung des Christentums von der Menschenwürde, von dem Wert jedes einzelnen Menschen als Grundlage und Richtschnur unserer Arbeit im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben des Volkes. Aus dieser Erkenntnis heraus nehmen wir Stellung zu allen Fragen des öffentlichen Lebens.

Die Christlich-Demokratische Union steht in der großen Auseinandersetzung für die Freiheit, Souveränität und das Recht des deutschen Volkes. Allen Extremen fern, will die CDU die lebendigen Kräfte des ganzen Volkes zusammenfassen, um heute erst der äußersten Not Herr zu werden und morgen Deutschland in die Reihe der friedlichen, geachteten und angesehenen Völker zurückzuführen. Die Union verwirft alles, was die Einheit unseres Volkes hinderlich im Wege steht. Verwirft den Gedanken des Klassenkampfes, der wieder im politischen Programm der Links-Parteien steht.

Wir werden im politischen Kampf auch für den Einzelnen möglichst viel von der Freiheit seiner wirtschaftlichen und geistigen Betätigung erstreben. Deshalb treten wir für den freien Wettbewerb auf allen Gebieten unseres Wirtschaftslebens ein. Jeden privaten und staatspolitischen Monopolismus lehnen wir ab. Die Freiheit, einen mäßigen Besitz zu erwerben, die Möglichkeit, sich selbst oder seinen Kindern einen Aufstieg zu erwerben, Schutz dem Schwachen, Aufstiegsmöglichkeit dem Tüchtigen, das sind mit die Ziele der CDU.

Wir rufen Euch alle. Folgt unserem Ruf. Der großen Partei, die mit den anderen Parteien der neuen Demokratie am Aufbau Deutschlands führend mitarbeiten will.

Wir rufen die Jugend, die, durch den Krieg und Zusammenbruch schwer getroffen, vor allem zur Gestaltung der Zukunft mitverantwortlich ist.

Wir rufen die Frauen und Mütter, deren leidgeprüfte Kraft für die Rettung unseres Volkes nicht entbehrt werden kann.

Wir rufen alle, die sich zu uns und unserem Programm und Aufbauwillen bekennen. Voll Gottvertrauen wollen wir unseren Kindern und Enkeln eine glückliche Zukunft erschließen. Aber bei all unserer Arbeit wollen wir stets eingedenk sein, daß an Gottes Segen alles gelegen ist. „Wo der Herr nicht das Haus baut, da arbeiten umsonst, die daran bauen.“

Pflichterfüllung das Gebot der Stunde.

## Sollen deutsche Kriegsgefangene Franzosen werden?

200 000 wollen in Frankreich bleiben — Französischer Arbeitskräftemangel — Noch keine Entscheidung in Paris

630 000 deutsche Kriegsgefangene sind noch in Frankreich. 520 000 davon befinden sich in Arbeit, und zwar 230 000 in der franz. Landwirtschaft und von den übrigen 46 000 in Bergwerken, wo sie nahezu ein Viertel der französischen Kohlenproduktion fördern (920 000 von 4 Millionen t monatlich, nach „Le Monde“).

Der französische Bevölkerungsminister hat geäußert, daß er dem Plan, einen Teil der deutschen Kriegsgefangenen nach deren Entlassung (die von der französischen Presse jetzt für den 1. Juni 1947 angekündigt wurde), als freie Arbeiter in Frankreich zu belassen, nicht ungünstig gegenüberstehe. 200 000 Gefangene sollen nach anderen Mittellungen der französischen Presse den Wunsch geäußert haben, später in Frankreich zu bleiben, und es wird geschätzt, daß nach gründlicher politischer und sonstiger Prüfung vielleicht die Hälfte davon zugelassen werden könnte. Der französische Bevölkerungsminister meint, daß diesen Deutschen nach einer mehrjährigen Probezeit, wenn sie ein korrektes Betragen an den Tag gelegt haben und es von ihrer unmittelbaren Umgebung befürwortet wird, die französische Nationalität zuerkannt werden könnte.

Das französische Arbeitsministerium hat sich demgegenüber auf den Standpunkt gestellt, daß deutsche Arbeitskräfte in der französischen Wirtschaft ein Element der Beunruhigung darstellen und zur Schwächung der Produktion beitragen würden.

Es wird dabei ins Gewicht fallen, daß der Mangel an Arbeitskräften in Frankreich in der Tat schon bedeutende Ausmaße angenommen hat. Dabei ist mangels Kohle und Zement der Wiederaufbau der zahlreichen französischen Städte, die dem Krieg zum Opfer fielen, noch kaum begonnen. Der Index der Bautätigkeit liegt noch 15 Prozent unter dem von 1938. Nach „La Semaine Economique et Financière“ hat Frankreich durch den Krieg einschließlich Auswanderung rund 1,4 Millionen Menschen verloren, zum größten Teil vollwertige Arbeitskräfte. Der Altersaufbau der französischen Bevölkerung ist dadurch noch ungünstiger geworden als er schon war. Auf 3,4 (in der Sowjetunion auf 7,3 und in den USA auf 5,3) Erwachsene kommt ein Greis.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die französischen Behörden der Heirat zwischen Franzosen und deutschen Frauen nicht ablehnend gegenüberstehen. 2 500 Franzosen, die als Kriegsgefangene oder Arbeiter in Deutschland waren, wollen Frauen heiraten, die sie hier kennengelernt haben.

Hierin aber wäre zweifellos eine Änderung für jene zu erwarten, die nach Entlassung aus der Gefangenschaft in Frankreich verbleiben können. Es ist ja zu vermuten, daß es sich gerade hierbei um junge, unverheiratete Deutsche handeln würde. Das bedeutet andererseits, daß der Verlust dieser Deutschen für ihre Heimat besonders schmerzhaft wäre. Nicht nur weil entsprechend viele deutsche Mädchen zu Hause ledig bleiben müßten, sondern zudem aus schwerwiegenden wirtschaftlichen Gründen.

Zwar leidet Deutschland jetzt unter einer katastrophalen Ueberschuldung. Diese besteht aber zu einem fast unerträglich hohen Prozent-

satz aus Frauen und Arbeitsunfähigen. Sie müssen vom arbeitenden Teil der Bevölkerung miternährt werden, so daß jede abwandernde vollwertige Arbeitskraft einen doppelt schweren Verlust für die deutsche Wirtschaft und eine zusätzliche Belastung für unseren Lebensstandard bedeutet. Wenn es auch späterhin möglich sein wird, daß die Abgewanderten ihre Angehörigen zu Hause mit Geldsendungen unterstützen, die die deutsche Försorge und unsere Devisenbilanz entlasten würden, so ist doch gerade bei den Jungen, die oft alte und arbeitsunfähige Eltern zurücklassen, zu befürchten, daß sie dazu nach ihrer Verheiratung im Auslande weder die finanzielle Möglichkeit noch die Neigung behalten werden.

**Australien erläßt Kriegsgefangene**

London, 20. Nov. (dona-Reuter) Zweisettanditalienische und fünfhundert deutsche Kriegs-

gefangene, die sich in Australien befinden, werden bis Ende Januar in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden.

**Deutsche Kriegsgefangene aus Italien**

Frankfurt, 20. Nov. (dona) Annähernd 11 000 deutsche Kriegsgefangene der US-Armee in Italien werden innerhalb der nächsten drei Monate in ihre Heimat zurückgeführt. Die im Mittelmeerraum verbleibenden rund 20 000 deutschen Kriegsgefangenen wurden deutschen Arbeitseinheiten zugeteilt.

**Deutsche Gefangene in Belgien**

Berlin, 20. Nov. (dona) Die Militärmission Belgien teilt mit, daß sie keinerlei Auskünfte über deutsche Kriegsgefangene in belgischer Gefangenschaft erteilen kann. Sie verweist an den deutschen Kriegsgefangenenstift, Berlin-Charlottenburg, Hardenbergstraße 10.

## Politische Konstitution Südbadens

Während in der amerikanischen Zone die Mitglieder der Verfassungsgebenden Landesversammlung einseitig direkt gewählt wurden, wurde nach den Vorschriften der französischen Militärregierung die Abgeordneten für die beratenden Versammlungen in den französischen besetzten Ländern durch die indirekte Verhältniswahl bestellt und zwar so, daß z. B. in Südbaden von den vor einiger Zeit gewählten Mitgliedern der Kreisversammlung 40 und von den Mitgliedern der Gemeinderäte der Städte über 7000 Einwohner 21 Mitglieder ermittelt wurden. In allen Ländern der französischen Zone war bei den vergangenen Wahlen die CDU bzw. die badisch-christlich-sozialistische Volkspartei in Südbaden als unbestritten stärkster politischer Machtfaktor aus den Wahlen hervorgegangen.

Im Gegensatz zu den staatsrechtlichen Vorgängen in Nordbaden und Nordwürttemberg, wo beide Länderteile durch Beschluß der amerikanischen Militärregierung im vorigen Jahr zu einem einheitlichen Staat Württemberg-Baden zusammengelöst wurden und wo am nächsten Sonntag durch eine allgemeine Abstimmung das Volk zu der vorgelegten Verfassung Stellung nehmen soll, wurden im Süden die beiden Landesteile Südbaden und Südwestwürttemberg als getrennte Verwaltungskörperschaften beibehalten und ihnen das Recht verliehen, durch beratende Landesversammlungen Instrumente des Volkswillens an die Seite der französischen Besatzungsbehörde zu stellen. Es wäre falsch, die Vereinigung der beiden Landesteile im Norden, die gerade in Baden durch eine einstimmige Billigung stieß, so aufzufassen, als ob der nordbadische Teil des neuen Staates nun ohne Rücksicht auf Tradition und frühere politische Sonderentwicklung in den neuen Staat einfach eingeschmolzen worden wäre und daß dem gegenüber nun Südbaden die alleinige Pflicht hätte, die gute altpolitische Tradition im Gegensatz zum Norden aufrechtzuerhalten. Von jeder waren führende politische Kräfte bestrebt, allerdings nicht immer mit dem entsprechenden

Erfolg, eine gerechte und paritätische Behandlung des badischen Staatsteils gegenüber dem an wirtschaftlicher Kraft und an Volkszahl überlegenen württembergischen Partner durchzuführen. Die badische Tradition wird in Nordbaden, genau wie in Südbaden, wenn auch unter verschiedenen Vorzeichen gewahrt, wobei die Betonung der inneren landsmannschaftlichen Verbundenheit der beiden Landesteile eine Selbstverständlichkeit darstellt.

Im Stuttgarter Parlament wurde, dies mehr als einmal unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, dasselbe gilt für den württembergischen Teil. Die am letzten Sonntag gewählten Landesversammlungen von Südbaden und Südwestwürttemberg werden vielleicht bald Gelegenheit haben, sich über diese Probleme auszusprechen.

Unter den Mitgliedern der beratenden Landesversammlung Südbadens befinden sich eine Reihe alter Parlamentarier aus der Zeit der Weimarer Republik. Der größte Teil von ihnen steht bei der Christlich-sozialen Volkspartei, so Bürgermeister Schill von Merzhausen bei Freiburg, früher Land- und Reichstagsabgeordneter des ehemaligen Zentrums und Führer des badischen Bauernvereins; Oberstudiendirektor Dr. Person, langjähriger Mitglied des badischen Landtags, Blechnheimer Graf, Achern, ebenfalls früheres Mitglied des Landtags, Bürgermeister Anton Hilbert, Oberbürgermeister Dr. Hoffmann, Freiburg, ebenfalls früherer Landtagsabgeordneter. Von der Sozialdemokratie ist nur eine führende Persönlichkeit aus der alten Zeit, der frühere Landtagsabgeordnete und jetzige Ministerialdirektor in Freiburg, Martzloff, ebenso von der Demokratischen Partei als einziger der aus dem früheren Landtag bekannte Oberbürgermeister Waldin aus Lehr, in die beratende Landesversammlung Südbadens gewählt worden.

**Neues Beamtengesetz**

Stuttgart, 20. Nov. (dona) Ein neues dezentrales Beamtensystem ist, wie die Zentralverwaltungsabteilung der amerikanischen Militärregierung am 19. d. Mts. mitteilte, in Württemberg-Baden in Kraft getreten.

Das neue Beamtengesetz ist in vielen wichtigen Punkten nach amerikanischem Vorbild aufgebaut. Viele Rechte und Privilegien, die früher nur hohen Beamten zustanden, kommen jetzt auch den Angestellten und Arbeitern im öffentlichen Dienst zugute. Beförderungen werden den Verdiensten entsprechend ausgesprochen, außerdem können sie auf Grund von Ausscheidungsprüfungen erfolgen. Wegen Rassen- oder Glaubenszugehörigkeit dürfen keinerlei Unterschiede gemacht werden. Einstellungen von Personen in den Beamtendienst werden in Zukunft von Prüfungen im freien Wettbewerb abhängig gemacht werden.

Die politische Tätigkeit von Beamten darf sich ab 1. Januar 1949 nur noch auf Parteizugehörigkeit und Ausübung des Wahlrechts beschränken. Auf Grund politischer Anschauungen dürfen Beamte nicht unterschiedlich behandelt werden.

Früheren aktiven deutschen Soldaten werden durch das neue Gesetz keine Vorrechte eingeräumt.

**Zweizonen-Finanzrat**

Frankfurt, 20. Nov. (dona) Je ein Ausschuss für Geld- und Kreditangelegenheiten, für Steuern und Zölle und für Haushaltsfragen hat im Rahmen des Zweizonen-Ausschusses bisher seine Tätigkeit aufgenommen. Ein weiterer Ausschuss für Vermögensüberwachung soll demnächst seine Arbeit beginnen.

**Verhandlungen Grubers in USA erfolgreich**

Washington, 20. Nov. (dona-Reuter) Der österreichische Außenminister Dr. Gruber ist am 18. d. M. aus den USA wieder nach Wien abgereist. Bei seiner Abreise erklärte er, daß seine Mission in den USA zu einem vollen Erfolg geführt hätte. Präsident Truman habe ihm versichert, daß die Schwierigkeiten Österreichs sorgfältig überprüft würden und die Vereinigten Staaten sich von dem Vorschlag leiten ließen, Österreich als ein befreites Land zu behandeln.

Grenzen der Duldsamkeit angelangt, eine andere Meinung zum Ausdruck brachte. Je weniger die Öffentlichkeit davon erfuhr, umso gewisser war den Machthabern der Erfolg. So mancher Staatsmann des dritten Reiches umgab sich mit dem dunklen Nimbus des „staatspolitisch Wertvollen“, weil er das Licht des Tages zu scheuen hatte.

Die Neuzeit begann mit San Francisco, das eine Wiederholung der Genfer Manipulationen ausdrücklich ablehnte. Die Außenministerkonferenzen in London, Moskau oder Paris waren besorgt, den Völkern der Erde in klarer Detailierung die diplomatischen Vorgänge zu offenbaren, und das erste Treffen der Minister scheiterte daran, weil eine Gruppe von ihnen die Geheimhaltung getroffener Vereinbarungen ablehnte. Die Sitzungen der UNO in London und in New York erbrachten Beweise in hinreichender Zahl, daß die Staatsmänner nicht mehr gewillt waren, hinter gepolsterten Türen Forderungen auszuhandeln, noch Verantwortungen ohne Zustimmung ihrer Völker zu tragen. Offen wurden die Karten auf den Tisch gelegt und alle Studien unterschiedlicher Meinungen vor den Augen der Welt durchstritten. In freiem Parlamentieren wurde mit demokratischen Mitteln der Abstimmung kriegsdämmende Lösungen gefunden. Wenn dabei keine idealen Resultate erzielt wurden, so lag das in der Natur der zur Debatte stehenden komplizierten Aufgaben, und es ist zu bedenken, daß man am Anfang einer neuen Entwicklung steht.

Es ist so, daß von den Durchschnittsmenschen die äußeren Vorgänge nach den Maßen einer zurückliegenden Zeit bewertet werden, wodurch man Eruptionen dort erwartete, wo die Tatsachen bereits über die Möglichkeiten hinweggeschritten waren. Die falschen Schlußfolgerungen verursachten das vielfache Gerede von Kriege, die ausgesprochenen Wahrheiten waren für eine Welt, die anderes gewohnt war, zu wenig fruchtbar. Es mögen aber in Zukunft jene Worte gelten, die Byrnes letzthin

ausgesprochen hat: „Die Völker dieser Welt werden nicht instande sein, ihren Einfluß geltend zu machen, wenn sie von den Ideen- und Interessenkonflikten nichts wissen, die Kriege hervorrufen.“

**„Gib der Welt Richtung zum Guten“**

Gib also, werde ich dem jungen Freund der Wahrheit und Schönheit zur Antwort geben, der von mir wissen will, wie er dem edlen Trieb in seiner Brust, bei allem Widerstande des Jahrhunderts, Genüge zu tun habe, gib der Welt, auf die du wirkst, die Richtung zum Guten, so wird der ruhige Rhythmus der Zeit die Entwicklung bringen. Diese Richtung hast du ihr gegeben, wenn du, lehrnd, ihre Gedanken zum Notwendigen und Ewigen erhebst, wenn du, handelnd oder bildend, das Notwendige und Ewige in einem Gegenstand ihrer Triebe verwandelt. Fallen wird das Gebäude des Wahns und der Willkürlichkeit, je gewis du bist, es ist schon gefallen, sobald du gewis bist, daß es sich nicht regt; aber in dem Inneren, nicht bloß in dem äußeren Menschen muß es sich regen. In der schamhaften Stille dieses Gemüts erziehe die siegende Wahrheit, stelle sie aus dir heraus in der Schönheit, daß nicht bloß der Gedanke ihr huldige, sondern auch der Sinn ihre Erscheinung liebend ergreife. Lebe mit deinem Jahrhundert, aber sei nicht sein Geschöpf; leiste deinen Zeitgenossen, aber was sie bedürfen, nicht was sie lieben. Ohne ihre Schuld geteilt zu haben, telle mit edler Resignation ihre Strafen, und beuge dich mit Freiheit unter das Joch, das sie gleich schlecht entbehren und tragen. Denke sie dir, wie sie sein sollten, wenn du auf sie zu wirken hast; aber denke sie dir, wie sie sind, wenn du für sie zu handeln versucht wirst.

(Schiller: „Ueber die ästhetische Erziehung des Menschen.“)

**Weitere Angriffe gegen CSU-Landesvorsitzenden in Bayern**

München, 20. Nov. (dona) Der Landesvorsitzende der CSU in Bayern, Dr. Josef Müller, wurde in der Mittwoch-Ausgabe des „Münchener Mittag“ beschuldigt, während seiner Tätigkeit als Rechtsanwal im Jahre 1933 Gestapo-Protokolle gegen „Nichtarier“ verwendet zu haben. Die Zeitung zitiert in diesem Zusammenhang die Äußerung Dr. Müllers gegenüber den Anschuldigungen, „Sollten die deutschen Zeitungen“, daß es „unmoralisch“ sei, ein Gestapo-Protokoll bei der Bekämpfung politischer Gegner zu verwenden.“

„Legt Dr. Müller die Betonung auf politisch“, fragt die Zeitung und erklärt weiter, daß er sich, als es im Sommer 1933 durchging, einen unpolitischen „Nichtarier“ um seine berechtigten Wechselorderungen gegenüber einer „arischen Firma“ zu bringen, nicht geschwehe hat, Gestapo-Material zu verwerten.“

**Deutsche Spezialisten in England**

London, 20. Nov. (dona) Der britische Versorgungsminister John Wilmot, nahm am 19. November zu der Beschäftigung deutscher Wissenschaftler in Großbritannien bei der Entwicklung von Raketenflugzeugen Stellung. Er erklärte, diese Arbeitsverpflichtungen beruhen auf freiwilliger Grundlage.

**Sowjetische Kommission besichtigt Industriewerke**

Berlin, 20. Nov. (dona) Eine Gruppe sowjetischer Offiziere unter Leitung von Generalmajor L. I. Zorin, verließ am 18. Nov. Berlin, um Industriewerke in der US Zone zu Reparationszwecken zu besichtigen.

**Verhandlungen Grubers in USA erfolgreich**

Washington, 20. Nov. (dona-Reuter) Der österreichische Außenminister Dr. Gruber ist am 18. d. M. aus den USA wieder nach Wien abgereist. Bei seiner Abreise erklärte er, daß seine Mission in den USA zu einem vollen Erfolg geführt hätte. Präsident Truman habe ihm versichert, daß die Schwierigkeiten Österreichs sorgfältig überprüft würden und die Vereinigten Staaten sich von dem Vorschlag leiten ließen, Österreich als ein befreites Land zu behandeln.

**Zweizonen-Finanzrat**

Frankfurt, 20. Nov. (dona) Je ein Ausschuss für Geld- und Kreditangelegenheiten, für Steuern und Zölle und für Haushaltsfragen hat im Rahmen des Zweizonen-Ausschusses bisher seine Tätigkeit aufgenommen. Ein weiterer Ausschuss für Vermögensüberwachung soll demnächst seine Arbeit beginnen.

**Verhandlungen Grubers in USA erfolgreich**

Washington, 20. Nov. (dona-Reuter) Der österreichische Außenminister Dr. Gruber ist am 18. d. M. aus den USA wieder nach Wien abgereist. Bei seiner Abreise erklärte er, daß seine Mission in den USA zu einem vollen Erfolg geführt hätte. Präsident Truman habe ihm versichert, daß die Schwierigkeiten Österreichs sorgfältig überprüft würden und die Vereinigten Staaten sich von dem Vorschlag leiten ließen, Österreich als ein befreites Land zu behandeln.

**Zweizonen-Finanzrat**

Frankfurt, 20. Nov. (dona) Je ein Ausschuss für Geld- und Kreditangelegenheiten, für Steuern und Zölle und für Haushaltsfragen hat im Rahmen des Zweizonen-Ausschusses bisher seine Tätigkeit aufgenommen. Ein weiterer Ausschuss für Vermögensüberwachung soll demnächst seine Arbeit beginnen.

**Verhandlungen Grubers in USA erfolgreich**

Washington, 20. Nov. (dona-Reuter) Der österreichische Außenminister Dr. Gruber ist am 18. d. M. aus den USA wieder nach Wien abgereist. Bei seiner Abreise erklärte er, daß seine Mission in den USA zu einem vollen Erfolg geführt hätte. Präsident Truman habe ihm versichert, daß die Schwierigkeiten Österreichs sorgfältig überprüft würden und die Vereinigten Staaten sich von dem Vorschlag leiten ließen, Österreich als ein befreites Land zu behandeln.

**Zweizonen-Finanzrat**

Frankfurt, 20. Nov. (dona) Je ein Ausschuss für Geld- und Kreditangelegenheiten, für Steuern und Zölle und für Haushaltsfragen hat im Rahmen des Zweizonen-Ausschusses bisher seine Tätigkeit aufgenommen. Ein weiterer Ausschuss für Vermögensüberwachung soll demnächst seine Arbeit beginnen.

**Verhandlungen Grubers in USA erfolgreich**

Washington, 20. Nov. (dona-Reuter) Der österreichische Außenminister Dr. Gruber ist am 18. d. M. aus den USA wieder nach Wien abgereist. Bei seiner Abreise erklärte er, daß seine Mission in den USA zu einem vollen Erfolg geführt hätte. Präsident Truman habe ihm versichert, daß die Schwierigkeiten Österreichs sorgfältig überprüft würden und die Vereinigten Staaten sich von dem Vorschlag leiten ließen, Österreich als ein befreites Land zu behandeln.

**Zweizonen-Finanzrat**

Frankfurt, 20. Nov. (dona) Je ein Ausschuss für Geld- und Kreditangelegenheiten, für Steuern und Zölle und für Haushaltsfragen hat im Rahmen des Zweizonen-Ausschusses bisher seine Tätigkeit aufgenommen. Ein weiterer Ausschuss für Vermögensüberwachung soll demnächst seine Arbeit beginnen.

**Verhandlungen Grubers in USA erfolgreich**

Washington, 20. Nov. (dona-Reuter) Der österreichische Außenminister Dr. Gruber ist am 18. d. M. aus den USA wieder nach Wien abgereist. Bei seiner Abreise erklärte er, daß seine Mission in den USA zu einem vollen Erfolg geführt hätte. Präsident Truman habe ihm versichert, daß die Schwierigkeiten Österreichs sorgfältig überprüft würden und die Vereinigten Staaten sich von dem Vorschlag leiten ließen, Österreich als ein befreites Land zu behandeln.

**Zweizonen-Finanzrat**

Frankfurt, 20. Nov. (dona) Je ein Ausschuss für Geld- und Kreditangelegenheiten, für Steuern und Zölle und für Haushaltsfragen hat im Rahmen des Zweizonen-Ausschusses bisher seine Tätigkeit aufgenommen. Ein weiterer Ausschuss für Vermögensüberwachung soll demnächst seine Arbeit beginnen.

**Verhandlungen Grubers in USA erfolgreich**

Washington, 20. Nov. (dona-Reuter) Der österreichische Außenminister Dr. Gruber ist am 18. d. M. aus den USA wieder nach Wien abgereist. Bei seiner Abreise erklärte er, daß seine Mission in den USA zu einem vollen Erfolg geführt hätte. Präsident Truman habe ihm versichert, daß die Schwierigkeiten Österreichs sorgfältig überprüft würden und die Vereinigten Staaten sich von dem Vorschlag leiten ließen, Österreich als ein befreites Land zu behandeln.

## Stimme der Parteien

Für die sozialistische Republik!

Wenn nach der Feststellung eines Fachmannes Deutschland auf den Lebensstandard von 1890 herabgesunken ist, während die Erhöhung der Preise das dreifache und die Steuerhöhe das vierfache ausmachen, so wird damit die Not der Zeit in einer Weise beleuchtet, die die Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Hieraus die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen, ist das Erfordernis aller politisch denkenden Staatsbürger. Daß unser bisheriges Wirtschafts- und Gesellschaftssystem diese Zustände nicht bessern kann, die als Folge einer im letzten Grunde kapitalistischen Politik das deutsche Volk in ein Meer von Not und Trauer versinken ließen, muß als wichtigste Erkenntnis den Ausgangspunkt jeder Ueberlegung bilden, die auf eine Besserung unserer Lage abzielt. Die SPD ist entschlossen, durch eine Änderung unserer gesellschaftlichen Struktur den Weg zu beschreiten, der endlich begangen werden muß, soll Deutschland nicht für immer auf dem Anteil verzichten, den es an den Gütern dieser Erde und nach seinen Leistungen auf friedlichem Gebiet beanspruchen darf.

Hierbei steht im Mittelpunkt allen Strebens der arbeitende Mensch. Wenn ihm geholfen wird, ist allen geholfen. Er ist es aber auch, der die Erhaltung eines politisch, wirtschaftlich und kulturell hochstehenden Lebens in der Mitte Europas sichert, und ist somit der stärkste Faktor für eine Entwicklung, die im besten Sinne des Wortes friedlich genannt zu werden verdient. Nicht die Abtretung von Gebieten, die der deutschen Arbeiterschaft Ernährung und Verdienst hervorbringen, nicht die Ausbeutung der Arbeitskraft innerhalb oder außerhalb des Landes sind dazu angetan, unsere Arbeit zu unterstützen, wieder das Vertrauen der Welt zu erringen. Einzig und allein die Möglichkeit, wieder gutzumachen, was eine barbarische Diktatur in Deutschland und in der Welt schlecht gemacht hat, und die Wahrung der Menschenrechte auch der Deutschen können uns und Europa helfen, in eine lichtere Zukunft zu blicken. So sehr die SPD damit einverstanden ist, wenn das deutsche Kriegspotential vernichtet wird, so sehr wehrt sie sich dagegen, wenn man der werdenden Demokratie die Lebensader durchschneiden will. Aus dem, was uns aus der Hitler'schen Konkursmasse verblieben ist an Wert, das Beste herauszuholen für uns und unsere Arbeit, ist Aufgabe und Ziel einer von der SPD auch schon bisher gradlinig verfolgten Politik.

Wer einsieht, daß nicht mit philosophierenden Schlagworten heute Politik gemacht werden kann, wer weiß, welche Menschen sich schon in der Verfassungsgebenden Landesversammlung leidenschaftlich bemüht haben, dem rettenden Sozialismus das Tor der Zukunft aufzutun, wer erkennt, daß Sozialismus nicht ohne wahrhafte Demokratie, Demokratie aber auch nicht ohne Sozialismus möglich ist, wird am kommenden Sonntag der Partei seine Stimme geben, die mit lebendigem Geist für die Freiheit aller Unterdrückten, für Gerechtigkeit und eine einheitliche starke und sozialistische deutsche Republik kämpft, der SPD!

**Sozialdemokratische Partei Karlsruhe**

**Weitere Angriffe gegen CSU-Landesvorsitzenden in Bayern**

München, 20. Nov. (dona) Der Landesvorsitzende der CSU in Bayern, Dr. Josef Müller, wurde in der Mittwoch-Ausgabe des „Münchener Mittag“ beschuldigt, während seiner Tätigkeit als Rechtsanwal im Jahre 1933 Gestapo-Protokolle gegen „Nichtarier“ verwendet zu haben. Die Zeitung zitiert in diesem Zusammenhang die Äußerung Dr. Müllers gegenüber den Anschuldigungen, „Sollten die deutschen Zeitungen“, daß es „unmoralisch“ sei, ein Gestapo-Protokoll bei der Bekämpfung politischer Gegner zu verwenden.“

„Legt Dr. Müller die Betonung auf politisch“, fragt die Zeitung und erklärt weiter, daß er sich, als es im Sommer 1933 durchging, einen unpolitischen „Nichtarier“ um seine berechtigten Wechselorderungen gegenüber einer „arischen Firma“ zu bringen, nicht geschwehe hat, Gestapo-Material zu verwerten.“

**Deutsche Spezialisten in England**

London, 20. Nov. (dona) Der britische Versorgungsminister John Wilmot, nahm am 19. November zu der Beschäftigung deutscher Wissenschaftler in Großbritannien bei der Entwicklung von Raketenflugzeugen Stellung. Er erklärte, diese Arbeitsverpflichtungen beruhen auf freiwilliger Grundlage.

**Sowjetische Kommission besichtigt Industriewerke**

Berlin, 20. Nov. (dona) Eine Gruppe sowjetischer Offiziere unter Leitung von Generalmajor L. I. Zorin, verließ am 18. Nov. Berlin, um Industriewerke in der US Zone zu Reparationszwecken zu besichtigen.

**Verhandlungen Grubers in USA erfolgreich**

Washington, 20. Nov. (dona-Reuter) Der österreichische Außenminister Dr. Gruber ist am 18. d. M. aus den USA wieder nach Wien abgereist. Bei seiner Abreise erklärte er, daß seine Mission in den USA zu einem vollen Erfolg geführt hätte. Präsident Truman habe ihm versichert, daß die Schwierigkeiten Österreichs sorgfältig überprüft würden und die Vereinigten Staaten sich von dem Vorschlag leiten ließen, Österreich als ein befreites Land zu behandeln.

**Zweizonen-Finanzrat**

Frankfurt, 20. Nov. (dona) Je ein Ausschuss für Geld- und Kreditangelegenheiten, für Steuern und Zölle und für Haushaltsfragen hat im Rahmen des Zweizonen-Ausschusses bisher seine Tätigkeit aufgenommen. Ein weiterer Ausschuss für Vermögensüberwachung soll demnächst seine Arbeit beginnen.

**Verhandlungen Grubers in USA erfolgreich**

Washington, 20. Nov. (dona-Reuter) Der österreichische Außenminister Dr. Gruber ist am 18. d. M. aus den USA wieder nach Wien abgereist. Bei seiner Abreise erklärte er, daß seine Mission in den USA zu einem vollen Erfolg geführt hätte. Präsident Truman habe ihm versichert, daß die Schwierigkeiten Österreichs sorgfältig überprüft würden und die Vereinigten Staaten sich von dem Vorschlag leiten ließen, Österreich als ein befreites Land zu behandeln.

**Zweizonen-Finanzrat**

Frankfurt, 20. Nov. (dona) Je ein Ausschuss für Geld- und Kreditangelegenheiten, für Steuern und Zölle und für Haushaltsfragen hat im Rahmen des Zweizonen-Ausschusses bisher seine Tätigkeit aufgenommen. Ein weiterer Ausschuss für Vermögensüberwachung soll demnächst seine Arbeit beginnen.

**Verhandlungen Grubers in USA erfolgreich**

Washington, 20. Nov. (dona-Reuter) Der österreichische Außenminister Dr. Gruber ist am 18. d. M. aus den USA wieder nach Wien abgereist. Bei seiner Abreise erklärte er, daß seine Mission in den USA zu einem vollen Erfolg geführt hätte. Präsident Truman habe ihm versichert, daß die Schwierigkeiten Österreichs sorgfältig überprüft würden und die Vereinigten Staaten sich von dem Vorschlag leiten ließen, Österreich als ein befreites Land zu behandeln.

**Zweizonen-Finanzrat**

Frankfurt, 20. Nov. (dona) Je ein Ausschuss für Geld- und Kreditangelegenheiten, für Steuern und Zölle und für Haushaltsfragen hat im Rahmen des Zweizonen-Ausschusses bisher seine Tätigkeit aufgenommen. Ein weiterer Ausschuss für Vermögensüberwachung soll demnächst seine Arbeit beginnen.

**Verhandlungen Grubers in USA erfolgreich**

Washington, 20. Nov. (dona-Reuter) Der österreichische Außenminister Dr. Gruber ist am 18. d. M. aus den USA wieder nach Wien abgereist. Bei seiner Abreise erklärte er, daß seine Mission in den USA zu einem vollen Erfolg geführt hätte. Präsident Truman habe ihm versichert, daß die Schwierigkeiten Österreichs sorgfältig überprüft würden und die Vereinigten Staaten sich von dem Vorschlag leiten ließen, Österreich als ein befreites Land zu behandeln.

## Um

In diese Zeitgenossen öffneten sich. Wenn Sie heute die Gediegenheit Ihres letzten Jahres... Der Anknüpfung was man erkennen kann... Tausende... Günstig... auf... interessier... neuerding... einen Be... dem Hüte... amtlichen... angeboten... Der Vollst... nicht er... Dieser J... Verfügung... melleplich... mit dem... ist eines... und heut... und heut... unfähig... macht So... rangswel... durch ein... Möglichkei... für gesch... Tauschzett... te Artikel... Recht ge... genau so... Ich hab... und Glas... werden d... genommen... über die... Erwerb... standes ab... Abholun... Ihre Meld... noch nicht... gehend nach... mer 29/30... Brennsto... stoffkarte... und glaub... ben, wird... nützliche... melden. Di... stens 10... gezogene... amt, Garle... lichen Mel... weises... Verschie... letzter Zei... kanisches... mittleres U... selbstverst... abgege... würde in... der Bewölk... das Meß... wlang in... 72 und 80... möglich, d... Meßtypen... Keine Au... Nach Aufn... wester St... chemischen... überfüllt... Neuaufnah... erfolgen kö... mzie könn... 110 Studie... aufgenomm... 100 Jahre... star durrte... bei der Pa... üben einen... Parteireue... fähigte Dis... Und an Stie... Parteiessig... sondern die... auf Grund... lichkeit des... schwindeln... glück versch... Man sollt... wie das un... scheint aber... Zufall, daß... hinter vers... wohnt ebens... geordneten... angehört, g... stimmt hat... Entwicklung... das Verhält... will damit... Lebens in... gen, die m... Beiträge h... kammer un... kratien fest... zwickend... und man v... Volksentsche...







